# Nepal im Überblick

## zusammengestellt von Thomas Döhne

### Nationale Menschenrechtskommission droht „A"-Spitzenstatus zu verlieren

Bereits Anfang Februar 2021 hatte die Globale Allianz der nationalen Menschenrechtsinstitutionen (GANHRI) ernsthafte Bedenken über die Ernennung des Vorsitzenden und der Mitglieder der Nationalen Menschenrechtskommission (NHRC) geäußert. Der Dachverband von Menschenrechtsinstitutionen aus 127 Ländern hatte die NHRC aufgefordert, zu den Ernennungen Stellung zu nehmen, und gewarnt, dass der „A"-Status überprüft werden könnte. Die Allianz nahm im Oktober 2021 eine Überprüfung vor, nachdem zivilgesellschaftliche Organisationen sich darüber beschwert hatten, dass der Vorsitzende und die Mitglieder des NHRC unter Verletzung der Regeln zur Unparteilichkeit (Pariser Prinzipien) ernannt worden waren. Die 1993 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedeten Pariser Prinzipien legen sechs Kriterien fest, die nationale Menschenrechtsinstitutionen erfüllen müssen. Eine Überprüfung der Beschwerden gegen die Ernennungen vor dem Obersten Gerichtshof ist immer noch anhängig.

### Frau in Ramechhap unter dem Vorwurf der Hexerei zu Tode geprügelt

Aberglaube und die damit einhergehenden Menschenrechtsverletzungen sind in Ramechhap und anderen ländlichen Bezirken Nepals nach wie vor weit verbreitet. Bibi Majhi starb kürzlich einen grausamen Tod durch die Hand ihrer Dorfmitbewohner/-innen. Die Mittfünfzigerin aus dem Dorf Sitkha in der ländlichen Gemeinde Khandadebi, Bezirk Nr. 3, wurde zu Tode geprügelt, weil sie der Hexerei und der „Verursachung von Disharmonie" in der Gemeinde beschuldigt wurde. Auch Majhis Mutter, Suna Maya Majhi, 70, erlitt schwere Verletzungen und musste im Krankenhaus behandelt werden. Nach Angaben der Bezirkspolizeibehörde in Ramechhap wurden 22 Personen, darunter sieben Frauen, festgenommen.

Das Hexereigesetz von 2015 verbietet jegliche Anschuldigungen der Hexerei und sieht eine Gefängnisstrafe von fünf bis zehn Jahren und eine Geldstrafe von 50.000 Rupien vor (rund 380 Euro). Anschuldigungen der Hexerei, denen fast immer Gewalttaten folgen, gibt es im ganzen Land.

### Politische Parteien missbrauchen das Verhältniswahlsystem

Mit der Interimsverfassung von 2007 wurde die Vertretung benachteiligter Gemeinschaften sowohl in den staatlichen Organen als auch in den politischen Parteien institutionalisiert. Sie garantierte 45 Prozent der von der Kommission für den Öffentlichen Dienst und anderen staatlichen Stellen ausgeschriebenen Stellen für Minderheitengemeinschaften. 2008 wurde in der verfassungsgebenden Versammlung zum ersten Mal das Verhältniswahlrecht eingeführt. In der 601 Mitglieder zählenden Versammlung wurden 335 Mitglieder in dieser Kategorie gewählt. Diese Bestimmung wurde auch in der zweiten verfassungsgebenden Versammlung beibehalten. Das Verhältniswahlrecht sollte die Vertretung der Menschen aus marginalisierten und unterrepräsentierten Gemeinschaften in den staatlichen Organen sicherstellen. Diese Bestimmung wurde jedoch seit der ersten verfassungsgebenden Versammlung von den politischen Parteien missbraucht. Personen aus der Geschäftswelt wurden in die Kategorie der Madhesi gewählt, während die Ehefrauen oder engen Verwandten von Spitzenpolitikern in die Kategorie der Frauen gewählt wurden. In der 2015 verkündeten nepalischen Verfassung wurde der Anteil der Mitglieder, die nach dem Verhältniswahlrecht gewählt wurden, verringert. Im 275 Mitglieder zählenden Repräsentantenhaus werden 40 Prozent – 110 Mitglieder – nach dem Verhältniswahlrecht gewählt. Die übrigen 165 Mitglieder werden nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt. 48 Parteien haben kürzlich ihre geschlossenen Listen mit Kandidat(inn)en für das Verhältniswahlrecht eingereicht. Viele Namen auf den Listen lassen jedoch vermuten, dass die Parteien das System missbrauchen, um diejenigen zu wählen, die der Macht nahe stehen. „Diejenigen, die die Gelegenheit hatten, wiederholt an der Macht zu sein, sollten nicht nach dem Verhältniswahlsystem gewählt werden", erklärte Meena Vaidya Malla, Professorin für Politikwissenschaft und ehemalige Leiterin der zentralen Abteilung für Politikwissenschaft an der *Tribhuvan*-Universität. „Ein solcher Missbrauch untergräbt den eigentlichen Zweck des Systems." Sie sagte, die Art und Weise, wie die Parteien das System manipulieren, könnte es irrelevant machen. „Das Verhältniswahlrecht ist ein geeignetes System in einem vielfältigen Land wie

dem unseren, in dem große Teile der Bevölkerung traditionell vom Staatsapparat ferngehalten werden", ergänzte sie. „Es liegt in der moralischen Verantwortung der Parteien, die Bestimmung ihrem Geist entsprechend umzusetzen." Laut Wahlkommission muss die geschlossene Liste einen Anteil von 28,7 Prozent der Indigenen und Janajatis, 31,2 Prozent Khas-Arya, 6,6 Prozent Tharus, 13,8 Prozent Dalits, 15,3 Prozent Madhesis, 4,4 Prozent Muslime und 4,3 Prozent aus den entlegenen Gebieten aufweisen.

### Eisernes Gesetz der Oligarchie fördert vergreiste Spitzenpolitiker

Viele Spitzenpolitiker in Nepal sind zu alt für die aktive Politik. Ihnen fehlt die Vision, um die Entwicklungsinitiativen voranzutreiben und die Richtung für die Zukunft Nepals vorzugeben. Der Anteil der Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung Nepals beträgt fast 40 Prozent. Diese Altersgruppe ist jedoch bisher nicht in der Lage gewesen, eine Führungsrolle zu übernehmen. Oder die älteren Führer geben die Führung nicht an die Jugend ab. Wenn man den aktuellen Indikatoren Glauben schenken darf, werden dieselben Machthaber, die seit 1990 das Sagen haben, zu den Wahlen antreten und wahrscheinlich gewinnen und die nationale Politik erneut dominieren. Shankar Tiwari, ein Kolumnist und Intellektueller, der dem *Nepali Congress* angehört und sich seit langem für einen Führungswechsel in der Politik, auch in seiner eigenen Partei, einsetzt, führt diese Anomalie auf den demokratischen Wandel von 1990 und 2007 zurück. Nach dem Erfolg der demokratischen Bewegung von 2007 hatte man erwartet, dass die politischen Parteien sich selbst und ihr Verhalten reformieren würden. „Stattdessen griffen sie auf die alten Methoden zurück, um Politik zu machen", sagte er. „Sie arbeiteten vornehmlich daran, ihre Vormachtstellung in der parlamentarischen Politik zu erhalten. Das eiserne Gesetz der Oligarchie entwickelte sich innerhalb der Partei und wurde stärker." „Es verhindert den Eintritt neuer Gesichter in die Spitzenpositionen. Die alten Gesichter nutzen die Oligarchie, um die Politik der Bedrohung, des Zwangs und der Kontrolle in den Parteien aufrechtzuerhalten", erklärte er. „Die Partei entmutigt die Jugend, in die Politik zu gehen", stellte Tiwari fest. Schlimmer noch, seiner Meinung nach sehen echte und ehrliche Führungskräfte keine Zukunft in der Politik. „Die Jugend wird hoffnungslos, und die Politik wird in die Hände der gleichen gescheiterten Führer gelegt. Die Tendenz, dass immer dieselben alten Gesichter zu den Wahlen antreten, um an der Macht zu bleiben, wird seiner Ansicht nach auch von dem Gedanken geleitet, dass man, wenn man erst einmal an der Macht ist, für sich selbst und seine Kader Reichtümer anhäufen kann, indem man staatliche Mittel missbraucht, was es ihnen wiederum ermöglicht, ihren Einfluss in der Partei zu behalten. „Das hält den Teufelskreis irgendwie aufrecht. So gehen sie immer wieder zu den Wahlen und bleiben immer wieder an der Macht."

### Denguefieber auf dem Vormarsch

Nach Angaben des Ministeriums für Gesundheit und Bevölkerung vom September wurden in den vorangegangenen vier Monaten 18.951 Fälle von Denguefieber registriert, mehr als 13.000 in den letzten drei Wochen. Die Krankheit hat landesweit bereits 25 Menschenleben gefordert. Von den 77 Bezirken wurde die Krankheit bereits in 75 Bezirken gemeldet. Nach Ansicht von Gesundheitsexperten hat die Regierung nicht auf die Bekämpfung des Dengue-Ausbruchs reagiert. „Diese Nicht-Reaktion der Regierung führt zu einem weiteren Anstieg der Dengue-Fälle in Nepal. Die Regierung hat nicht einmal Insektizide versprüht, um die Krankheit einzudämmen. Außerdem gibt es einen massiven Mangel an Dengue-Kits", sagte Dr. Marasini. Aus den Daten des Ministeriums geht hervor, dass die Städte mit hoher Bevölkerungsdichte weiterhin die höchste Zahl positiver Fälle verzeichnen. Dr. Marasini sagt jedoch, dass auch in den Hügel- und Bergregionen Dengue-Fälle gemeldet wurden. Mindestens 97 Prozent der Bevölkerung seien durch Dengue gefährdet, da die Mücken, die das Dengue-Virus übertragen, sogar die Bergregionen erreicht hätten. „Wenn man sich das aktuelle Szenario ansieht, hat die damalige Regierung die Covid-19-Pandemie besser in den Griff bekommen als diese Regierung den Dengue-Ausbruch." Unter den stark betroffenen Distrikten hat allein Kathmandu bis zum 20. September 4367 Fälle verzeichnet. Auch in Lalitpur, Makawanpur und Dang wurden 3446, 1271 bzw. 1154 Fälle gemeldet. Nach Angaben des Ministeriums ist die Krankheit inzwischen epidemisch, und die Zahl der Fälle steigt. „Die tatsächliche Zahl der Fälle könnte höher sein, da alle Patient(inn)en mit leichten Symptomen sich nicht an die Gesundheitseinrichtungen wenden", sagen Experten für öffentliche Gesundheit.

### Frauenrechtsaktivistinnen fordern Anerkennung von Heimarbeit

Chandani Joshi, Leiterin von *HomeNet South Asia,* erklärte auf einer Pressekonferenz in Kathmandu, dass Millionen von Menschen in Heimarbeit tätig seien, insbesondere in Heimarbeits- und Handwerks-

betrieben, ihre Arbeit aber nicht rechtlich anerkannt werde. Joshi sagte, die Medien sollten die Situation von Heimarbeiter(inne)n verbreiten und ihnen helfen, die rechtliche Anerkennung ihrer Arbeit zu erhalten. Die Vorsitzende von *Sabah Nepal*, Sristi Joshi Malla, sagte, dass in Südasien 61 Millionen Menschen in Heimarbeit tätig seien, ihre Interessen in der Region aber immer noch ignoriert würden. Sie forderte die Regierung dringend auf, das ILO-Übereinkommen 190 zu ratifizieren, um die Interessen der Heimarbeiterinnen umfassend zu schützen. In Ermangelung eines gesetzlichen Schutzes würden Heimarbeiterinnen von ihren Auftraggeber(inne)n ausgebeutet und wären manchmal auch Gewalt ausgesetzt, fügte sie hinzu. Die Journalistin Kamala Panthi appellierte, die Menschen im Land sollten es sich zur Gewohnheit machen, einheimische Produkte zu kaufen, um die Interessen der nepalesischen Arbeiterinnen zu schützen, damit die Heimarbeiterinnen und Unternehmerinnen eine bessere Bezahlung für ihre Arbeit und ihre Produkte erhalten. *HomeNet South Asia* (HNSA) ist ein Netzwerk von Heimarbeiterorganisationen in ganz Südasien. Als führende Stimme für gefährdete Heimarbeiterinnen in der Region vertritt HNSA mehr als 1,2 Millionen Beschäftigte, von denen 95 Prozent Frauen sind. In diesem Jahr hat *HomeNet South Asia* seinen ersten Kongress vom 18. bis 20. Oktober in Kathmandu abgehalten, um an den historischen Gipfel zu erinnern und die Solidarität mit den Bewegungen der Heimarbeiterinnen in ganz Südasien zu feiern.

### Wahlkommission setzt Verhaltenskodex in Kraft

Im Hinblick auf die Wahlen zum Repräsentantenhaus und zur Provinzversammlung hat die Nationale Wahlkommission ab heute den Verhaltenskodex für die Wahlen (2079 BS (2022)) in Kraft gesetzt. Die Abstimmung für die Zwillingswahlen wird am Sonntag, 20. November, in einer einzigen Phase stattfinden. Die Kommission hat dazu aufgerufen, die notwendigen Vorkehrungen für die Umsetzung des Verhaltenskodex auf allen Ebenen von Politik und Verwaltung zu treffen. Der Verhaltenskodex soll sicherstellen, dass die Wahlen frei, unparteiisch und transparent sind und in einer friedlichen Atmosphäre stattfinden.

### Hohes Reiseaufkommen zum Dashain-Fest

Gaddachauki, ein Transitpunkt an der nepalisch-indischen Grenze in Kanchanpur, meldet in letzter Zeit eine große Zahl von Nepalis aus Indien, die das Dashain-Fest feiern wollen. Innerhalb von einer Woche sind über 10.000 Menschen über die Gaddachauki-Abfertigung nach Nepal eingereist. Der Leiter des Büros, Shyam Singh Chaudhary, sagte, der Transitpunkt wäre durch die Indien-Rückkehrer überfüllt, und die Sicherheitsvorkehrungen wären in letzter Zeit verstärkt worden. Entlang des Grenzgebiets wurden ausgebildete Hunde eingesetzt, um Zwischenfälle zu verhindern und die Sicherheit der Reisenden zu gewährleisten. Delhi, Mumbai, Maharashtra, Punjab, Bangalore, Shimla, Himachal und Haridwar gehören zu den bevorzugten Arbeitsorten von Menschen aus dem äußersten Osten Nepals. Die Bezirkspolizeibehörde von Kanchanpur ist besorgt über die Gefahr verschiedener Infektionskrankheiten, die durch die große Zahl von Einreisenden aus Indien entsteht. Es wurden Gesundheitsposten eingerichtet, um auf Corona, Dengue und Malaria zu testen. Auch Impfungen gegen COVID-19 sind an den Grenzübergängen erhältlich.

### Müllproblem weiter ungelöst

Der Plan der Stadtverwaltung von Kathmandu, den Abfall an der Quelle zu trennen, ist ins Stocken geraten. Ab Mitte Juli sollten nur noch Abfälle eingesammelt werden, die zuvor an der Quelle getrennt wurden. Verzögerungen bei der Umsetzung waren damit begründet worden, dass der Plan durch Behinderungen der Anwohner/-innen in Bancharedanda, dem Ort der Mülldeponie, beeinträchtigt wurde. Als sich die Situation dort normalisiert hatte, zeigte die Stadt wenig Interesse daran, den Abfall zu sortieren, zu trennen oder an der Quelle einzusammeln. Bei Verstößen wurde eine Geldstrafe von 500 Rupien verhängt (knapp vier Euro). Viele Anwohner/-innen hatten bereits mit der Mülltrennung begonnen. Da die Stadt die Abfälle jedoch nicht planmäßig abholte, haben selbst diejenigen, die mit der Mülltrennung begonnen hatten, nun wieder auf Sammlung gemischter Abfälle umgestellt. Bürgermeister Balendra Sah selbst war in öffentlichen Kundgebungen und Programmen aufgetreten und hatte um Mülltrennung gebeten. Ein Team von Gemeindevorstehern hatte die Stadtverwaltung aufgefordert, jede Gemeinde zu besuchen und aus biologisch abbaubaren Abfällen Kompost herzustellen und diesen in Gemüsegärten oder Gärten zu verwenden. Bisher mit mäßigem Erfolg. Die Umweltbehörde der Stadt bestätigte, dass bisher getrennte Abfälle nur an einigen Stellen eingesammelt werden.

### Steigende Tourismuszahlen in Manang

Der Tourismussektor, der fast zwei Jahre lang durch die Covid-19-Pandemie schwer angeschlagen war, hat im Distrikt Manang allmählich an Dynamik gewonnen.

Die Mobilität in- und ausländischer Tourist(inn)en war infolge der Corona-Pandemie in den meisten geografischen Gebieten Nepals seit März 2020 fast auf Null gesunken. Doch in letzter Zeit hat sich der Trend umgekehrt. Der Leiter des *Annapurna Conservation Area Project's Area Conservation Office*, Lekhnath Gautam, teilte mit, dass in der Zeit von Mitte Juli bis zur dritten Septemberwoche 2022 insgesamt 3818 Tourist(inn)en nach Manang gekommen sind. Den Statistiken zufolge führte Israel die Liste der Touristenankünfte mit 428 an, gefolgt von Deutschland (149), Spanien (134), dem Vereinigten Königreich (130), Frankreich (122), den Vereinigten Staaten (108) und anderen Ländern (873).

## Erinnerung an eine bedeutende Frauenrechtlerin

Frauen in Nepal leiden seit Langem unter einem hohen Maß an Armut, sozialer Ausgrenzung und Marginalisierung aufgrund ihres Geschlechts. Die Überschneidung von Geschlecht und Kaste bzw. ethnischer Zugehörigkeit ist in Nepal besonders wichtig, da dort über 80 ethnische Gruppen mit jeweils eigenen Regeln, Verantwortlichkeiten, Traditionen, Sprachen, Moralvorstellungen und Werten ansässig sind. Die geschlechtsspezifischen Benachteiligungen werden für Frauen aus ethnischen Minderheiten und Gruppen mit niedriger Kaste noch erheblich verschärft.

Yogmaya Neupane (1867–1941) war eine politische Aktivistin, die Frauen, Angehörigen niedriger Kasten, Ausgebeuteten und Ausgegrenzten eine Stimme gab, als das gesamte Land vom autokratischen Rana-Regime regiert wurde. Sie versuchte, sich aus Protest gegen Ungleichheiten selbst zu verbrennen, um der Korruption, der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts und der Kaste ein Ende zu setzen und ein Gelübde der Wahrheit abzulegen. Ihr Versuch wurde vom Rana-Regime vereitelt. Neupane wurde wegen des Versuchs der Selbstverbrennung inhaftiert und war damit die erste Frau im Land, die wegen ihrer politischen Überzeugungen inhaftiert wurde. Sie heiratete dreimal, als die Witwenehe noch ein unverzeihliches Vergehen war. Im Jahr 1941 begingen Neupane und 67 ihrer Anhänger Massenselbstmord, indem sie aus Protest in den Fluss Arun sprangen.

## Präventionsfonds für geschlechtsspezifische Gewalt nicht ausgeschöpft

Der 2019 etablierte Präventionsfonds für geschlechtsspezifische Gewalt (*Gender-based Violence* – GBV) soll für die Bereitstellung von Rechtshilfe, psychologischer Behandlung und psychosozialen Beratungsdiensten sowie für die Rehabilitierung von GBV-Opfern verwendet werden. Einem kürzlich vom Ministerium für Frauen, Kinder und Senior(inn)en veröffentlichten Bericht über den aktuellen Stand der Frauenrechte zufolge verfügte der Fonds im Haushaltsjahr 2020–21 über einen Saldo von 68,4 Millionen Rupien (knapp 520.000 Euro), während nur 3,44 Millionen Rupien für die Unterstützung von GBV-Opfern und die Bereitstellung der erforderlichen Entschädigung für ihre Rehabilitation ausgegeben wurden. Aus dem Bericht geht hervor, dass die für GBV-Opfer vorgesehenen Mittel nicht voll ausgeschöpft werden. Im Haushaltsjahr 2020–21 kamen nur 63 Opfer in den Genuss des Fonds. Nach Angaben des Direktorats für Frauen, Kinder und Senior(inn)en der nepalischen Polizei wurden im Zeitraum 2020–21 14.232 Fälle von Verbrechen gegen Frauen und Kinder gemeldet, darunter Vergewaltigung, versuchte Vergewaltigung, Polygamie, Kinderheirat, Hexereivorwürfe, Abtreibung, Unberührbarkeit und häusliche Gewalt. Es ist vorgesehen, dass ein siebenköpfiges Komitee unter der Leitung eines Sekretärs des Ministeriums für Arbeit und Soziales den betroffenen Frauen- und Kinderbüros in den Bezirken die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellt. „Der Fonds sollte auch dazu dienen, alle Formen von Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen zu beenden und die Gleichstellung der Geschlechter aufrechtzuerhalten, indem den Opfern von Gewalt ein besonderer Zugang zu Bildung, Gesundheit, Beschäftigung und sozialer Sicherheit ermöglicht wird. Im Gegensatz dazu ist die Inanspruchnahme des Fonds nicht sehr ermutigend", heißt es in dem Bericht. Viele Frauen wissen immer noch nicht, dass es einen solchen Fonds zu ihrer Unterstützung gibt. Es fehlt an Bewusstsein und angemessener Werbung für das Programm.